

Medienspiegel zur Medienmitteilung der Regio Basiliensis vom Sonntag, 24. Januar 2021: «Regio Basiliensis fordert Verzicht auf generelle Testpflicht bei der Einreise in die Schweiz sowie eine praktikable Handhabung an den Grenzen»

Print

bz

Dienstag, 26. Januar 2021

Protest gegen härteres Grenzregime

In der Region herrscht grosse Einigkeit beim Widerstand gegen die Forderungen der nationalen Parteipräsidenten.

Helena Krauser

Der Ruf nach strengeren Grenz- und Testregimes zur Eindämmung der Ansteckungsgefahr mit dem Coronavirus wird immer lauter. Die Region Basel ist davon gleich dreifach betroffen. Nachdem Mitte Januar bekannt wurde, dass Deutschland Verschärfungen plant und in Frankreich seit dem 24. Januar neue Einreisebestimmungen gelten, fordern nun auch die grossen Schweizer Parteien ein härteres Testregime an den Grenzen. Bisanz für die Region Basel ist vor allem: Grenzgängerinnen und Grenzgänger sollen gemäss den Forderungen nicht von den neuen Regeln ausgenommen werden.

Basler Parteien gemeinsam gegen Forderungen

Am vergangenen Freitag konnten die Arbeitgeber im Dreiland aufatmen. Der Region Basel bleibt das strengere Testregime, welches Deutschland für rund 20 Gebiete mit einer 7-Tage-Inzidenz von über 200 einführt, vorerst erspart. Nur zwei Tage später entbrannte die Diskussion um ein verschärftes Einreiseregime aber erneut. Die Parteipräsidenten aller grossen Schweizer Parteien forderten eine Verschärfung der Test- und Quarantänevorschriften, auch für Grenzgänger. In der Region Basel stösst diese Forderung auf viel Widerstand. Mit rund 60 000 Grenzgängerinnen und Grenzgängern wäre das Dreiland stark betroffen.

Am Montag äusserten sich nun unter anderem der gesamte Basler Regierungsrat, alle Basler Parteien sowie die Regio Basiliensis und einzelne regionale Politikerinnen und Politiker zu dem Thema. Die Basler Parteien halten die vorgeschlagenen Massnahmen nicht für besonders nützlich, da im grenzüberschreitenden Verkehr kaum hohe Ansteckungszahlen festge-



Werden die Forderungen umgesetzt, wird es am Zoll bald viel zu tun geben.

Bild: Nicole Nars-Zimmer

stellt worden seien, schreiben sie in einer gemeinsamen Mitteilung. Dazu komme, dass eine Durchführung der Massnahmen unrealistisch erscheine und zu kilometerlangen Staus an der Grenze führen würde.

Testpflicht würde regionale Wirtschaft schwer treffen

Auch der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt lehnt den Vorschlag der Schweizer Partei-

präsidenten ab, teilt er mit. Die Umsetzung der vorgeschlagenen rigiden Testpflicht sei nicht praktikabel und würde die regionale Wirtschaft schwer treffen. Faktisch käme die vorgeschlagene Testpflicht einer Einreisesperre gleich. Vor allem das regionale Gesundheitswesen würde von den vorgeschlagenen Massnahmen besonders getroffen. Der Vorschlag der Parteipräsidenten drohe deshalb, die Re-

gion gerade im Kampf gegen die Pandemie zum Leidwesen der Bevölkerung zu schwächen.

Ähnlich bewertet auch das Unispital Basel die Situation: «Bei uns arbeiten 1500 Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Wir sind darauf angewiesen, dass sie möglichst unbehelligt an ihre Arbeitsplätze kommen», so der Mediensprecher Nicolas Drechsler. Auch der Pharmakonzern Roche betont die Rele-

Rund **1500**
Grenzgängerinnen und
Grenzgänger arbeiten im
Universitätsklinikum Basel.

vanz der Präsenz seiner Mitarbeitenden aus dem grenznahen Ausland: «Sie sind kritisch, um den Betrieb aufrechtzuerhalten und die Versorgung von Patientinnen und Patienten mit lebensnotwendigen Medikamenten und Diagnostika weiterhin zu gewährleisten», sagt die Mediensprecherin Nina Mähli.

In Baselland stossen die Forderungen ebenso auf Unverständnis: «Niemand aus den nationalen Parteipräsidenten lebt in einer Grenzregion, das merkt man leider», sagt die Basellbieter Ständerätin Maya Graf. «Wir Parlamentarierinnen aus den Grenzregionen wurden nicht dazu konsultiert. Diese Forderung ist nicht durchdacht und damit ein Schnellschuss.» Graf verweist auch auf den Artikel 6 des Covid-19 Gesetzes. Dieser besagt, dass die Reisefreiheit der Grenzgänger sowie der Einwohnerinnen der Grenzregionen gewährleistet werden muss. «Es ist für mich völlig unverständlich, dass die Parteipräsidenten das Gesetz, das sie selbst gemacht haben, nicht kennen und gar aushebeln wollen», sagt sie.

Strengere Einreisebestimmungen für Frankreich

Frankreich hat seine Einreisebestimmungen bereits verschärft. Seit dem 24. Januar müssen Reisende, die aus einem EU-Land oder der Schweiz einreisen, einen negativen Coronatest vorlegen. Dieser Test darf nicht älter als 72 Stunden sein. Die Massnahmen gelten aber nicht für Grenzgänger oder Passagiere, die auf dem Landweg, also über die Strasse oder mit dem Zug, einreisen.

PANDEMIE**Schärfere Kontrollen?**

Die Präsidenten aller grossen Schweizer Parteien fordern mit einem Brief an den Bundesrat ein schärferes Grenz- und Testregime. Die Regio Basiliensis plädiert für eine differenzierte Vorgehensweise und Ausnahmen für Grenzgängerinnen und Grenzgänger.

pd/kü. Die Umsetzung dieser Forderungen würde den Grenzverkehr und die Ein- und Ausreise nach Frankreich und Deutschland de facto zum Erliegen bringen.

Nach wie vor stellen die Gesundheitsämter kein auffälliges Infektionsgeschehen

über die Landesgrenzen fest. Das Offenhalten der Grenzen für Grenzgänger oder familiäre Besuche bewährt sich bisher und soll auch so fortgesetzt werden. Für den Fall, dass eine generelle Testpflicht von Schweizer, deutscher oder französischer Seite eingeführt wird, fordert die Regio Basiliensis eine praktikable Handhabung und eine Sonderregelung für Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Insbesondere folgende Aspekte müssten berücksichtigt werden:

- Zulassung von Speicheltest erlauben.
- Tests sollen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

- Ein negativer Test soll drei Tage Gültigkeit haben.
- An den Grenzübergängen müssen bürokratische Hürden vermieden werden.
- Alle Grenzübergänge sollen offenbleiben. Der Grenzverkehr darf nicht kanalisiert werden.

Die Regio Basiliensis ruft in Erinnerung, dass offene Grenzen eine zentrale Errungenschaft der trinationalen Grenzregion sind. Sie stehen für Zusammenleben, Zusammenarbeit, für Begegnung, Frieden und Freundschaft.

TV



Montag, 25. Januar 2021

Basel befürchtet Chaos vor den Grenzübergängen

Umstrittene Forderung: die Schweizer Parteien wollen stärkere Corona-Kontrollen an der Grenze. Basel befürchtet aber Stau und Chaos an den Grenzübergängen und kritisiert den Vorschlag scharf.



Moderatorin Katharina Locher im Beitrag des SRF Schweiz aktuell vom 25. Januar 2021

35'000 Grenzgängerinnen und Grenzgänger arbeiten in Basel und fahren unter anderem hier in die Schweizer Spitäler, Pharmaunternehmen und Kleinbetriebe zur Arbeit. Die Idee einer Testpflicht weckt böse Erinnerungen an den ersten Lockdown. Die Idee sei untauglich und das würde de facto ein Arbeitsverbot für viele bedeuten meint Marcel Schweizer, Präsident des Gewerbeverbands Basel-Stadt.

Die Region Basel sei zwingend auf die Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen meint auch Christoph Brutschin, Volkswirtschaftsdirektor BS/SP. Er fordert eine

Ausnahme für Grenzgängerinnen und Grenzgänger und sieht nicht ein, warum Personen aus Lörrach und Saint-Louis andere Testerfordernisse erfüllen sollen als Personen aus Rheinfelden und Liestal. «Wir leben hier in der Region nebeneinander. Zwischen drin hat es eine Landesgrenze doch die spüren wir im Tag gar nicht.»

Auch Kathrin Amacker, Präsidentin der Regio Basiliensis, wehrt sich gegen die Tests der Grenzgänger. Und falls es doch soweit käme, bräuchte es eine pragmatische Lösung mit Schnelltests, aber vor allem keine Tests an der Grenze.

«Für uns ist wichtig, dass wenn man in irgendeiner Form regelmässig Testergebnisse vorweisen müsse, dass das sehr unbürokratisch und kostenlos für die Grenzgänger organisiert wird. Am Wohnort in Testzentren oder auch am Arbeitsort, wenn dies zum Beispiel Gesundheitsinstitutionen oder grössere Unternehmen sind.»



Interview mit Dr. Kathrin Amacker, Präsidentin Regio Basiliensis

Auch bei den Berufspendlern herrscht Unverständnis und sie schätzen die Ansteckungsgefahr gering, da sie ja allein mit dem Auto unterwegs sind.

Was Basel allerdings kritisiert, will man im Tessin schon lange. Die Tessiner Regierung hat schon mehrmals systematische Grenzkontrollen wegen Corona gefordert. Im Interview erklärt der Tessiner Regierungspräsident Norman Gobbi, dass man die Ängste aus Basel nicht teilt, obwohl man auch im Tessin auf viele Grenzgängerinnen und Grenzgänger angewiesen ist.

Er verweist auf die Situation im Frühling 2020 als die Grenzkontrollen noch strenger waren. «Dank dem guten Dialog zwischen polizeilicher Behörde und Grenzbehörde Schweiz und Italien hatten wir diese Situation nicht gehabt». Die Grenzgänger kämen hauptsächlich zwischen 5.00 und 8.00 Uhr am Morgen und dann habe es zurzeit weniger Verkehr. «Das Tessin hat im Frühling 2020 eine gute Lösung gefunden und wird auch jetzt im Winter 2021 eine gute Lösung finden».

Die Parteien fordern aber nicht nur strengere Kontrollen für Grenzgänger, sondern auch für alle anderen, zum Beispiel Touristen. Ein Wegbleiben der Touristen schade doch dem Tessin. Auch hier verweist Norman Gobbi auf die Erfahrung aus dem letzten Jahr. An Ostern 2020 hat das Tessin die restliche Schweiz wegen der dramatischen Situation gebeten, den Kanton nicht zu besuchen. Im darauffolgenden Sommer hingegen habe der inländische Tourismus wieder funktioniert. Das Virus verbreite sich, wenn sich Personen bewegen. Darum sei zu Hause zu bleiben das Beste, um von Freiheiten profitieren zu können.



Montag, 25. Januar 2021

Widerstand gegen Corona-Tests für Grenzgänger

Von links bis rechts: Der Vorschlag der eidgenössischen Parteipräsidenten zu Corona-Tests für Grenzgänger stösst in Basel vornehmlich auf Ablehnung.



Der Telebasel News-Beitrag vom 25. Januar 2021.

Der Basler Regierungsrat, praktisch alle Präsidenten der grossen Parteien im Stadtkanton und viele Verbände sprachen sich heute gegen eine regelmässige Testpflicht bei Grenzgängern aus. Kritisiert wird die schwierige Umsetzung, die negativen Folgen für die Wirtschaft und auch die Notwendigkeit der Massnahme.

Es war ein starkes Zeichen: Gestern machten sich die Spitzen der Bundesratsparteien, der Grünen und der Grünliberalen für ein strengeres Grenzregime stark. In [einem gemeinsamen Brief an den Bundesrat](#) forderten die Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten einerseits striktere Regeln für Einreisende, wie zum Beispiel Touristen. Diese sollen unabhängig von der Herkunft nur noch mit einem negativen Corona-Testergebnis ins Land gelassen werden und dann zwingend einige Tage in Quarantäne müssen.

Auch für Pendler, die täglich zur Arbeit in die Schweiz fahren, sollen neue Regeln eingeführt werden. Geht es nach den nationalen Parteispitzen, dann sollten sich die Grenzgänger regelmässig, etwa alle drei Tage, einem Corona-Test unterziehen. Diese Tests könnten auch von den Arbeitgebern durchgeführt werden.

Selbst Basler SVP-Präsident dagegen

Während die SVP auf dem nationalen Parkett schon seit längerem verlangt, dass man den Fokus in der Pandemiebekämpfung mehr auf die Grenze legt, sieht das der baselstädtische Parteipräsident beim aktuellen Vorschlag ganz anders. Eduard Rutschmann bezweifle stark, dass die Kapazität für die nötigen Tests vorhanden ist. In der ganzen Schweiz gebe es über 300'000 Grenzgänger. Teste man diese alle drei Tage, bedeute dies 100'000 Tests pro Tag.

Telebasel hat bei den Parteipräsidenten aller grossen Parteien in Basel nachgefragt. Praktisch alle äusserten sich sehr kritisch und bezweifelten die Machbarkeit einer so grossen Testaktion. LDP Präsidentin Patricia von Falkenstein begrüsst zwar die Idee mehr Tests durchzuführen, aber auch bei ihr überwog die Skepsis.

Einzig Katja Christ steht hinter der Forderung

Bei der kleinen Telebasel-Umfrage stellte sich einzig GLP-Präsidentin Katja Christ hinter die Forderungen, welche auch ihr nationaler Parteipräsident Jürg Grossen aufgestellt hatte. Jedoch unter dem Vorbehalt nur für sich zu sprechen – sie habe noch nicht mit der Kantonalpartei Rücksprache nehmen können.

Eduard Rutschmann hingegen bezweifle, dass solche Tests überhaupt nötig sind. Schliesslich hätten die Nachbarländer noch strengere Corona-Massnahmen wie Ausgangssperren in Kraft gesetzt.

Auch Manuel Friesecke, Geschäftsführer von Regio Basiliensis, lehnt neue Massnahmen bei den Grenzgängern ab: «Es war in den letzten Monaten so, dass man gesehen hat, dass sich Infektionsherde nicht von einem Nachbarland ins andere verbreitet haben».

Vernichtendes Urteil der Basler Regierung

Auch der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat sich am Montag, 25. Januar 2021, in einer Mitteilung sehr kritisch geäussert. Der Vorschlag der Schweizer Parteipräsidentinnen und Parteipräsidenten sei nicht praktikabel und träfe die regionale Wirtschaft hart. Vor allem kleinere Betriebe könnten die Auflagen kaum erfüllen. Das Gesundheitswesen mit seinen rund 3'500 Grenzgängern sei zudem besonders betroffen. Die Testpflicht würde quasi zu einer Einreisesperre führen.



Manuel Friesecke Geschäftsführer Regio Basiliensis

Interview mit Dr. Manuel Friesecke, Geschäftsführer Regio Basiliensis

Manuel Friesecke von Regio Basiliensis weist darauf hin, dass auch in den Nachbarländern über solche Tests diskutiert wird. Sollte es tatsächlich soweit kommen, sei für ihn wichtig, dass pragmatische Lösungen gefunden werden.

Radio



Mittwoch, 27. Januar 2021
von Marcello Capitelli

Parteipräsidenten fordern strengeres Grenzregime

Zuerst war es nur die SVP, jetzt fordern Präsidentinnen und Präsidenten aller Parteien eine Testpflicht und Quarantäne für Einreisende in die Schweiz. Regio Basiliensis und die Nordwestschweizer Kantone haben sich schon gegen diese Massnahmen ausgesprochen.



Bundeshaus Bern

Forderung nach strengem Grenzregime

Regio Basiliensis lehnt ein Grenzregime mit Testpflicht und Quarantäne ab. Sollte es doch zu einer Testpflicht bei der Einreise kommen, so fordert Regio Basiliensis eine mildere Handhabung. Insbesondere folgende Aspekte sollten berücksichtigt werden:

- Die Zulassung von Speicheltests
- Tests sollen kostenlos zur Verfügung gestellt werden
- Ein negativer Test soll drei Tage Gültigkeit haben
- An den Grenzübergängen müssen bürokratische Hürden vermieden werden
- Alle Grenzübergänge sollen offenbleiben.

[Zum Radiobeitrag: Regio Basiliensis lehnt ein Grenzregime mit Testpflicht und Quarantäne ab.](#)

Online

Basler Zeitung

Montag, 25. Januar 2021

Regio Basiliensis plädiert für Verzicht auf generelle Testpflicht

Die Regio Basiliensis, die sich für die Stärkung der trinationalen Grenzregion einsetzt, fordert den Verzicht auf eine generelle Testpflicht bei der Ein- und Ausreise in die Schweiz.

Die Einführung eines schärferen Grenz- und Testregimes, für das sich alle grossen Parteien in einem Brief an den Bundesrat ausgesprochen haben, müsse praktikabel gehandhabt werden.

Die Umsetzung der Forderungen würde den Grenzverkehr sowie die Ein- und Ausreise nach Frankreich und Deutschland de facto zum Erliegen bringen, teilte die Regio Basiliensis als Reaktion auf den Vorstoss der grossen Parteien am späten Sonntagabend mit.



Regio Basiliensis will keine generelle Grenz-Testpflicht. Keystone

Die Gesundheitsämter stellten keine auffälligen Infektionszahlen über die Landesgrenzen fest. Es habe sich bewährt, die Grenzen für Grenzgänger oder familiäre Besuche offen zu halten. Diese Politik müsse fortgesetzt werden.

Sollten Deutschland, Frankreich und die Schweiz eine generelle Testpflicht bei Ein- und Ausreisen einführen, so müsse darauf geachtet werden, dass das neue Regime praktikabel sei und eine Sonderregelung für Grenzgängerinnen und -gänger enthalte.

Die Zulassung von Speicheltests müsse erlaubt werden. Tests sollten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Und ein negativer Test sollte drei Tage Gültigkeit haben. Es dürfe keine bürokratischen Hürden an den Grenzübergängen geben.

Offene Grenzen seien eine zentrale Errungenschaft der trinationalen Grenzregion. Sie stünden für das Zusammenleben, die Zusammenarbeit sowie für Begegnung, Frieden und Freundschaft. (SDA)



Montag, 25. Januar 2021

Bei Ein- und Ausreise

Dreiländer-Region Basel fordert Verzicht auf Testpflicht

Die Regio Basiliensis, die sich für die Stärkung der trinationalen Grenzregion einsetzt, fordert den Verzicht auf eine generelle Testpflicht bei der Ein- und Ausreise in die Schweiz.

Die Regio Basiliensis fordert die politischen Parteien dazu auf, bei einer Verschärfung des



Grenz- und Testregimes praktikable Lösungen anzustreben. (Archivbild)

Die Einführung eines schärferen Grenz- und Testregimes, für das sich alle grossen Parteien in einem Brief an den Bundesrat ausgesprochen haben, müsse praktikabel gehandhabt werden.

Die Umsetzung der Forderungen würde den Grenzverkehr sowie die Ein- und Ausreise nach Frankreich und Deutschland de facto zum Erliegen bringen, teilte die Regio Basiliensis als Reaktion auf den Vorstoss der grossen Parteien am späten Sonntagabend mit.

Die Gesundheitsämter stellten keine auffälligen Infektionszahlen über die Landesgrenzen fest. Es habe sich bewährt, die Grenzen für Grenzgänger oder familiäre Besuche offen zu halten. Diese Politik müsse fortgesetzt werden.

Sollten Deutschland, Frankreich und die Schweiz eine generelle Testpflicht bei Ein- und Ausreisen einführen, so müsse darauf geachtet werden, dass das neue Regime praktikabel sei und eine Sonderregelung für Grenzgängerinnen und -gänger enthalte.

Die Zulassung von Speicheltests müsse erlaubt werden. Tests sollten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Und ein negativer Test sollte drei Tage Gültigkeit haben. Es dürfe keine bürokratischen Hürden an den Grenzübergängen geben.

Offene Grenzen seien eine zentrale Errungenschaft der trinationalen Grenzregion. Sie stünden für das Zusammenleben, die Zusammenarbeit sowie für Begegnung, Frieden und Freundschaft. (SDA)

Die Oberbadische

Montag, 25. Januar 2021

Generelle Testpflicht bei Einreise?

Basel - Praktisch alle Einreisenden in die Schweiz sollen fünf Tage in Quarantäne – auch wenn ein negativer Corona-Test vorliegt. Das schlagen sechs Parteichefs dem Bundesrat vor.



Wenn es nach dem Willen einiger Schweizer Parteichefs geht, sollen Einreisende in die Schweiz – je nach Risikosituation im Herkunftsland – künftig einen validierten PCR-Test vorweisen müssen. *Foto: zVg*

Gegen diese Pläne wendet sich die Regio Basiliensis, die sich für die Stärkung der trinationalen Grenzregion einsetzt: Sie fordert den Verzicht auf eine generelle Testpflicht bei der Ein- und Ausreise in die Schweiz. Die Einführung eines schärferen Grenz- und Testregimes, für das sich alle großen Parteien in einem Brief an den Bundesrat ausgesprochen haben, müsse praktikabel gehandhabt werden.

Mit Maßnahmen „gegen den Import von Viren“ könnten die Risiken im Inland markant reduziert werden, schreiben die Parteipräsidenten von SVP, SP, Mitte, FDP, Grünen und GLP in einem Brief. „Wenn wir in den vergangenen Wochen etwas gelernt haben, ist es, dass wir uns noch so Mühe geben können mit eigenen Maßnahmen – wenn ein paar Touristen wieder Viren in die Schweiz tragen, dann breiten sich diese im ganzen Land rasant aus“, erklärte GLP-Präsident und Nationalrat Jürg Grossen am Sonntag

vor Schweizer Medien. Gemäß dem Konzept sollen Einreisende in die Schweiz – je nach Risikosituation im Herkunftsland – einen validierten PCR-Test vorweisen müssen.

Bei Einreisen an Flughäfen könnte auch ein Antigentest auf Selbstkosten angeboten werden. Fünf Tage später soll im Minimum ein weiterer Antigentest verlangt werden. Bis dahin sollten die Personen in Quarantäne gehen müssen. Auch diese Maßnahme wäre abhängig von der epidemiologischen Lage. Bei der Einreise über den Landweg wäre eine Selbstdeklaration denkbar.

"Spucktests" für Grenzgänger und Tagestouristen?

Grossen räumte ein, dass damit Ferien für ausländische Touristen deutlich erschwert würden – außer nach einer Quarantäne. Tagestourismus – zum Beispiel zum Skifahren – wäre mit einem negativen Corona-Test noch möglich. So würde sichergestellt, dass kein Superspreader ins Land komme, sagte Grossen. Und Fälle wie Wengen und St. Moritz könnten praktisch ausgeschlossen werden.

Für Grenzgänger, Geschäftsreisende mit Kurzaufenthalt und Tagestouristen schlagen die Parteien ein Screeningkonzept in Firmen, Hotels und im Privaten vor. Dafür kämen auch Spucktests in Frage. Das Ziel der Maßnahmen wäre es, bei tiefen Fallzahlen im Inland wieder schrittweise Öffnungen vornehmen zu können und dabei die Ansteckungszahlen tief zu halten. Zudem sollen so auch weitere Einschränkungen verhindert werden.

Kritik kommt von der Regio Basiliensis: Die Umsetzung der Forderungen würde den Grenzverkehr sowie die Ein- und Ausreise nach Frankreich und Deutschland de facto zum Erliegen bringen.

Praktikable Handhabung gefordert

„Nach wie vor stellen die Gesundheitsämter kein auffälliges Infektionsgeschehen über die Landesgrenzen fest. Das Offenhalten der Grenzen für Grenzgänger oder familiäre Besuche bewährt sich bisher und soll auch so fortgesetzt werden“, heißt es in einem am Sonntagabend veröffentlichten Schreiben.

Und weiter: „Für den Fall, dass eine generelle Testpflicht von Schweizer, deutscher oder französischer Seite eingeführt wird, fordert die Regio Basiliensis eine praktikable Handhabung und eine Sonderregelung für Grenzgänger“, schreibt Geschäftsführer Manuel Friesecke.

Die Zulassung von Speicheltests müsse erlaubt werden. Tests sollten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Und ein negativer Test sollte drei Tage Gültigkeit haben. Es dürfe keine bürokratischen Hürden an den Grenzübergängen geben. „Die Regio Basiliensis ruft in Erinnerung, dass offene Grenzen eine zentrale Errungenschaft der trinationalen Grenzregion sind. Sie stehen für Zusammenleben, Zusammenarbeit, für Begegnung, Frieden und Freundschaft.“

Ablehnend äußerte sich gestern Mittag auch der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt.



telebasel

Montag, 25. Januar 2021

Regio Basiliensis fordert Verzicht auf generelle Testpflicht

Regio Basiliensis, die sich für die Stärkung der trinationalen Grenzregion einsetzt, will keine generelle Testpflicht bei der Ein- und Ausreise in die Schweiz.

Die Einführung eines schärferen Grenz- und Testregimes, für das sich alle grossen Parteien in einem Brief an den Bundesrat ausgesprochen haben, müsse praktikabel gehandhabt werden.

Die Umsetzung der Forderungen würde den Grenzverkehr sowie die Ein- und Ausreise nach Frankreich und Deutschland de facto zum Erliegen bringen, teilte die Regio Basiliensis als Reaktion auf den Vorstoss der grossen Parteien am späten Sonntagabend mit.



Die Regio Basiliensis möchte keine generelle Testpflicht an den Schweizer Grenzen. (Bild: Key)

Die Gesundheitsämter stellten keine auffälligen Infektionszahlen über die Landesgrenzen fest. Es habe sich bewährt, die Grenzen für Grenzgänger oder familiäre Besuche offen zu halten. Diese Politik müsse fortgesetzt werden.

Keine bürokratischen Hürden

Sollten Deutschland, Frankreich und die Schweiz eine generelle Testpflicht bei Ein- und Ausreisen einführen, so müsse darauf geachtet werden, dass das neue Regime praktikabel sei und eine Sonderregelung für Grenzgängerinnen und -gänger enthalte.

Die Zulassung von Speicheltests müsse erlaubt werden. Tests sollten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Und ein negativer Test sollte drei Tage Gültigkeit haben. Es dürfe keine bürokratischen Hürden an den Grenzübergängen geben.

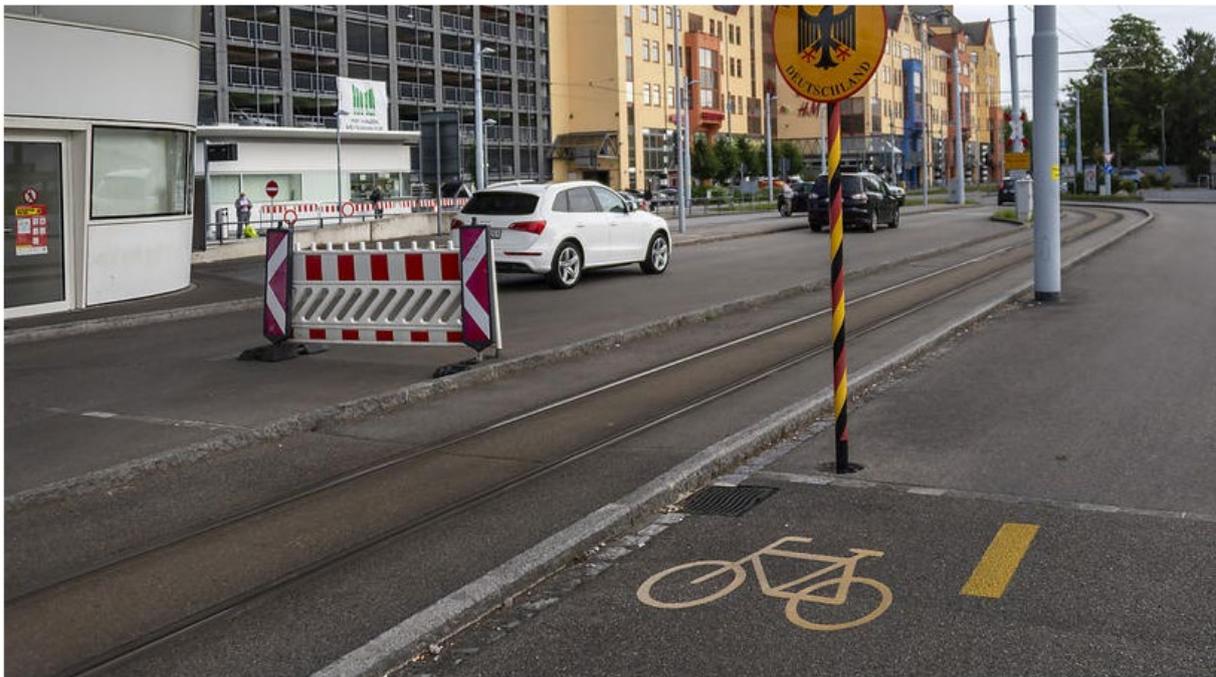
Offene Grenzen seien eine zentrale Errungenschaft der trinationalen Grenzregion. Sie stünden für das Zusammenleben, die Zusammenarbeit sowie für Begegnung, Frieden und Freundschaft.



Montag, 25. Januar 2021

Regio Basiliensis plädiert für Verzicht auf generelle Testpflicht

Die Regio Basiliensis, die sich für die Stärkung der trinationalen Grenzregion einsetzt, fordert den Verzicht auf eine generelle Testpflicht bei der Ein- und Ausreise in die Schweiz.



Die Regio Basiliensis fordert die politischen Parteien dazu auf, bei einer Verschärfung des Grenz- und Testregimes praktikable Lösungen anzustreben. (Archivbild, Keystone/Georgios Kefalas)

Die Einführung eines schärferen Grenz- und Testregimes, für das sich alle grossen Parteien in einem Brief an den Bundesrat ausgesprochen haben, müsse praktikabel gehandhabt werden.

Die Umsetzung der Forderungen würde den Grenzverkehr sowie die Ein- und Ausreise nach Frankreich und Deutschland de facto zum Erliegen bringen, teilte die Regio Basiliensis als Reaktion auf den Vorstoss der grossen Parteien am späten Sonntagabend mit.

Die Gesundheitsämter stellten keine auffälligen Infektionszahlen über die Landesgrenzen fest. Es habe sich bewährt, die Grenzen für Grenzgänger oder familiäre Besuche offen zu halten. Diese Politik müsse fortgesetzt werden.

Sollten Deutschland, Frankreich und die Schweiz eine generelle Testpflicht bei Ein- und Ausreisen einführen, so müsse darauf geachtet werden, dass das neue Regime praktikabel sei und eine Sonderregelung für Grenzgängerinnen und -gänger enthalte.

Die Zulassung von Speicheltests müsse erlaubt werden. Tests sollten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Und ein negativer Test sollte drei Tage Gültigkeit haben. Es dürfe keine bürokratischen Hürden an den Grenzübergängen geben.

Offene Grenzen seien eine zentrale Errungenschaft der trinationalen Grenzregion. Sie stünden für das Zusammenleben, die Zusammenarbeit sowie für Begegnung, Frieden und Freundschaft.

Montag, 25. Januar 2021

Aufruf zum Verzicht auf generelle Tests

Coronavirus – Die Regio Basiliensis, die sich für die Stärkung der trinationalen Grenzregion einsetzt, fordert den Verzicht auf eine generelle Testpflicht bei der Ein- und Ausreise in die Schweiz.



Die Regio Basiliensis fordert die politischen Parteien dazu auf, bei einer Verschärfung des Grenz- und Testregimes praktikable Lösungen anzustreben. (Archivbild)

Die Einführung eines schärferen Grenz- und Testregimes, für das sich alle grossen Parteien in einem Brief an den Bundesrat ausgesprochen haben, müsse praktikabel gehandhabt werden.

Die Umsetzung der Forderungen würde den Grenzverkehr sowie die Ein- und Ausreise nach Frankreich und Deutschland de facto zum Erliegen bringen, teilte die Regio Basiliensis als Reaktion auf den Vorstoss der grossen Parteien am späten Sonntagabend mit.

Die Gesundheitsämter stellten keine auffälligen Infektionszahlen über die Landesgrenzen fest. Es habe sich bewährt, die Grenzen für Grenzgänger oder familiäre Besuche offen zu halten. Diese Politik müsse fortgesetzt werden.

Sollten Deutschland, Frankreich und die Schweiz eine generelle Testpflicht bei Ein- und Ausreisen einführen, so müsse darauf geachtet werden, dass das neue Regime praktikabel sei und eine Sonderregelung für Grenzgängerinnen und -gänger enthalte.

Die Zulassung von Speicheltests müsse erlaubt werden. Tests sollten kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Und ein negativer Test sollte drei Tage Gültigkeit haben. Es dürfe keine bürokratischen Hürden an den Grenzübergängen geben.

Offene Grenzen seien eine zentrale Errungenschaft der trinationalen Grenzregion. Sie stünden für das Zusammenleben, die Zusammenarbeit sowie für Begegnung, Frieden und Freundschaft.

Die Oberbadische

Donnerstag, 4. Februar 2021

Basel

Testregime praktikabel umsetzen

Regio - Bei der Einreise aus einem Virusvarianten-Gebiet müssen jetzt laut Bundesinnenministerium alle Einreisenden, die das sechste Lebensjahr vollendet haben, einen negativen Corona-Test vorweisen. Die Landesregierung teilt mit, die Kosten dafür bei Grenzpendlern zu übernehmen, falls auch die Schweiz und Frankreich als Virusvarianten-Gebiet eingestuft werden sollten.



Sollten die Schweiz oder Frankreich vom Bund als Virusvarianten-Gebiet eingestuft werden, müssten sich Berufspendler alle 48 Stunden auf das Coronavirus testen lassen.
Foto: Die Oberbadische

Das Bundesministerium hat anders als bei einer Rückkehr aus Risiko- und Hochrisikogebieten (Sieben-Tage-Inzidenz über 200) keine Ausnahmen vorgesehen, wenn Personen aus Ländern zurückkommen, wo ein hohes Infektionsgeschehen durch Virusmutationen auftritt.

Dadurch solle gewährleistet sein, dass sich alle Einreisenden vorher einer Antigen- oder PCR-Testung unterziehen und Virusvarianten möglichst nicht eingeschleppt würden, erklärt das Bundesministerium auf seiner Website. Diese Regelung betrifft auch Grenzpendler. Sie müssen daher einen Nachweis über einen negativen Corona-Test mit sich führen, dessen Abstrich nicht älter als 48 Stunden ist.

Land bezahlt Corona-Tests

Um die Härten der Berufspendler abzufedern, die durch die Kosten regelmäßiger Tests entstehen, hat sich das Land Baden-Württemberg entschieden, die Kosten der Tests zu übernehmen, wenn der Bund Nachbarstaaten zu Hochinzidenzgebieten erklärt.

Bezahlt werden sollen diese Tests für Personen, die in Baden-Württemberg wohnen und eine Arbeitsstelle im Ausland aufsuchen beziehungsweise für Personen, die zwar im Ausland wohnen, aber in Baden-Württemberg arbeiten, wie die Landesregierung mitteilt. Auch Pendler zu Studien- oder Ausbildungszwecken würden berücksichtigt.

Arbeitspendler dürfen sich laut Beschluss der Landesregierung dann kostenlos testen lassen, wenn sie eine Bescheinigung des Arbeitgebers vorlegen, dass die Anwesenheit am Arbeitsplatz zwingend nötig ist und kein Homeoffice oder vergleichbare Regelungen möglich sind.

Die Testungen können Pendler in Hausarzt- und Corona-Schwerpunktpraxen durchführen lassen. Die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg betreibt eine Corona-Abstrichstelle in Lörrach-Haagen vor dem Messegelände. Es sei zeitnah geplant, dass auch die grenznahen Apotheken diese kostenfreien Testungen für Grenzpendler anbieten könnten, heißt es von der Landesregierung.

Die Einstufung als Virusvarianten-Gebiet wird unter https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Risikogebiete_neu.html täglich veröffentlicht.

Mit Stand 2. Februar sind im Kanton Basel-Stadt 61 Fälle der mutierten Virusvariante bekannt. Zudem gibt es Ansteckungen mit der Virusmutation auch an einigen Baseliener Schulen. Mittlerweile wurden insgesamt 32 Fälle von Mutanten im Landkreis Lörrach bestätigt. In rund der Hälfte davon handelt es sich laut Landratsamt nachweislich um die britische Variante B.1.1.7., die als ansteckender gilt.

Praktikabel und umsetzbar

„Bei der Einführung von Corona-Maßnahmen gilt es zu beachten, dass enge wirtschaftliche, kulturelle und soziale Verflechtungen in unserer Dreiländerregion bestehen“, erklärt Manuel Friesecke, Geschäftsführer der Regio Basiliensis, auf Anfrage unserer Zeitung. „Ein strenges Grenz- und Testregime würde den Grenzverkehr und die Ein- und Ausreise aus Deutschland zum Erliegen bringen.“

Sollte Basel und die Schweizer Grenzregion als Virusmutationsgebiet eingestuft werden, so sei es wichtig, die Maßnahmen inklusive Test- und Quarantänepflicht

praktikabel und umsetzbar auszugestalten. Sinnvoll seien Schnelltests. Zu prüfen wären zudem dezentrale Testmöglichkeiten.

Viele offene Fragen

„Ein umfassendes Testregime, wie es für Einreisen aus Hochinzidenz- oder Virusmutationsgebieten in der deutschen Einreiseverordnung vorgesehen ist, würde für die Grenzgänger eine belastende Herausforderung darstellen und einen erheblichen Organisationsaufwand verursachen“, hebt Landrätin Marion Dammann hervor.

Die Ankündigung des Landes, die Kosten für diese Schnelltests zu übernehmen, sei ein Anfang. Dennoch sehe sie noch viele offene Fragen bei der praktischen Umsetzung im Dreiland, das sehr vom Grenzverkehr geprägt sei.

Denn sehr viele systemrelevante Arbeitnehmer sind laut Dammann darauf angewiesen, dass praktikable Lösungen für den Grenzübertritt gefunden werden. Die Wirtschaft, das Gesundheitswesen und Behörden müssten darauf vertrauen, dass es in der Region gelinge, den alltäglichen Grenzverkehr zu ermöglichen und gleichzeitig den Infektionsschutz für die Bevölkerung zu gewährleisten.

„Wir bemühen uns mit vereinten Kräften zusammen mit der Oberrheinkonferenz, der Hochrheinkommission, dem Trinationalen Eurodistrict Basel, dem Bund, dem Land Baden-Württemberg und den Bundesländern Rheinland-Pfalz, Saarland und unseren Nachbarländern gemeinsame Lösungen zu finden“, betont Dammann. Eine Angleichung der Maßnahmen im Dreiländereck sei zudem wünschenswert.

Weitere Links :

Badische Zeitung vom Montag, 25. Januar 2021 «[Regio Basiliensis will keine generelle Testpflicht für Grenzgänger in die Schweiz](#)»